



## Zwischen Pandemie und Inflation – Armut in Niedersachsen

Donnerstag, 16. Februar 2023

Online-Veranstaltung

Die Veranstaltung „Zwischen Pandemie und Inflation – Armut in Niedersachsen“ wurde am 16. Februar 2023 von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert und durchgeführt. Die Durchführung der Veranstaltung erfolgte digital als Online-Podiumsdiskussion.

Zu Beginn des Abends begrüßten **Stephan Meuser**, Leiter des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie **Marco Brunotte**, Vorsitzender des AWO Bezirksverbandes Hannover, die Gäste und Redner\_innen des Abends. Brunotte betonte, dass die aktuelle Lage viele Herausforderungen, aber auch Chancen für die Politik beinhalte und verwies darauf, dass es insbesondere darum gehe die Situation für Kinder und Jugendliche zu verbessern. Maßnahmen wie Tariflöhne sowie feste Arbeitsverträge seien ein wichtiger Grundstein für die Versorgung der Familien und die Prävention von Altersarmut.

Im Anschluss stellte sich die Moderatorin **Lea Karrasch** vor und gab die Bühne für die Statements der Diskussionsteilnehmenden frei. Als erstes gab **Prof. Dr. Gerhard Bäcker** der Universität Duisburg-Essen eine Übersicht der derzeitigen Situation. Demnach sei das Thema Armut nicht unbedingt neu und bereits vor der COVID-Pandemie und dem Beginn des Krieges in der Ukraine gab es beträchtlich hohe Armutsraten. Dennoch ist klar, dass die Entwicklungen in den letzten zwei Jahren eine große Belastung dargestellt haben und davon auszugehen ist, dass sich die Situation für viele Bürger\_innen folglich sichtlich verschlechtert hat. Gleichzeitig betonte er, dass das Ausmaß, in welchem der Ukrainekrieg und insbesondere die Inflation die Armutszahlen in Niedersachsen und Deutschland hat steigen lassen noch überhaupt nicht erfasst sind. Die neusten Daten stammen aus dem Jahr 2021 und die Politik sei gerade erst dabei statistisch zu erfassen, wie sich die Situation im Jahr 2022 – insbesondere

durch die hohe Inflation - verändert habe. Auch dürfe man nicht vergessen, dass Durchschnittszahlen sehr irreführend sein können und häufig die erheblichen regionalen Unterschiede verschleiern. So sind unter anderem Städte wie Wilhelmshaven innerhalb Niedersachsens deutlich stärker von Armut betroffen und bedroht. Auch erfassen offizielle Berichte nicht, wie lange sich Betroffene bereits in Armut befinden. Für Familien mache es einen erheblichen Unterschied ob sie sich vorübergehend in einer finanziellen Notlage befinden oder aber über mehrere Jahre hinweg unterhalb der Armutsgrenze leben müssen. Insgesamt, so Prof. Dr. Bäcker, stehen wir als Gesellschaft zwar vor einer schwierigen Situation, doch gebe es durchaus Handlungsmöglichkeiten welche sowohl die große Politik als auch die Bundesländer und Kommunen sowie die Wohlfahrtsverbände und Gesellschaften ausschöpfen müssen.

Als nächste Rednerin stellte sich **Katharina Kootz**, die Bereichsleiterin der Schuldner- und Insolvenzberatung des AWO Kreisverband Hildesheim-Alfeld e.V., vor. Sie erklärte, dass die Beratungszahlen bei der Schuldnerberatung während des Coronajahres tatsächlich zurückgegangen sei. Dies sei unter anderem damit zu erklären, dass es für viele Menschen und Familien während der Pandemie noch möglich war über die Runden zu kommen, beispielsweise indem sie auf noch vorhandene Rücklagen zurückgriffen. Doch sei nun zu merken, dass diese inzwischen aufgebraucht seien und demzufolge sei in den letzten Monat wieder ein Anstieg der Schuldnerberatung zu verzeichnen. Es sei deutlich zu vernehmen, dass es für die meisten Menschen in prekären Lebenslagen aktuell überhaupt keine Möglichkeit mehr gibt auch nur geringe Geldbeträge einzusparen oder für die Schuldenrückzahlung beiseitezulegen.

Die Moderation fragte daraufhin wie groß das Problem sei und wo die Politik konkret unterstützen kann und lud nun **Dr. Mehrdad Payandeh**, Vorsitzender des DGB, dazu ein Stellung zu beziehen. Dr. Payandeh betonte, dass es seit Jahrzehnten aufgrund verschiedener Ursachen eine strukturelle Armut gebe. In erster Linie sei dies ein Resultat von Lohnarmut und die wachsenden prekären Beschäftigungsformen. Auch sei zu erwähnen, dass Armut in erster Linie weiblich ist, da Tätigkeiten welche schlechter bezahlt werden mehrheitlich von Frauen ausgeführt werden. Dementsprechend haben auch Kinder ein erhöhtes Armutsrisiko da in besonders hohem Maße alleinerziehende Mütter von Armut betroffen seien. Zudem leben Personen mit einem geringeren Einkommen häufig in Haushalten wo die Wohnungen schlechter gedämmt sind oder alte elektronische Geräte mit einem besonders hohen Energieverbrauch weiterhin verwendet werden. Dies wiederum führe dazu, dass diese Familien besonders stark von den hohen Heiz- und Energiekosten betroffen sind. Auch Menschen und Familien mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich häufig dem Risiko struktureller Benachteiligung und Armut ausgesetzt.

**Dr. Thela Wernstedt**, Mitglied der SPD im niedersächsischen Landtag, verdeutlichte die Lage noch einmal mit konkretem Bezug auf Niedersachsen. So seien hierzulande 1.3 Millionen Menschen von Armut bedroht. Die Armutsgefährdungsquote für Kinder und Jugendliche liegt bei 21%, welches zwar im Einklang mit dem Bundesdurchschnitt sei, jedoch ohne Zweifel eine nach wie vor viel zu hohe Zahl darstelle. Noch dramatischer sei die Lage zudem wenn man sich Regionen wie Salzgitter, Wilhelmshaven oder Delmenhorst anschau. Auch Dr. Wernstedt betonte, dass insbesondere alleinerziehende Mütter von Armut betroffen seien, was unter anderem auch damit zu erklären sei, dass sie sehr viel häufiger als Männer in Teilzeit arbeiten. Betrachte man zudem noch die Tatsache, dass Frauen im Niedriglohnssektor überrepräsentiert sind, so lasse sich schnell erkennen warum strukturelle Armut besonders ein weibliches Problem darstelle. Die Moderatorin fragte die Landtagsabgeordnete, ob es denn vom Land Niedersachsen in der Pandemiezeit für Familien sowie deren Kinder konkrete Hilfsangebote gab? Wernstedt bejahte und erklärte, dass sich das Land insbesondere für den Erhalt der öffentlichen Einrichtungen einsetze umso die soziale Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Auch stelle Niedersachsen insgesamt 3 Millionen Euro für die Bezahlung der Stromrechnungen zur Verfügung umso einkommensschwache Familien zu unterstützen.

Sowohl Dr. Wernstedt als auch Frau Kootz unterstrichen die Aussage, dass ein wichtiges Mittel gegen strukturelle und generationsübergreifende Armut die Bildung für alle sei. Dies mache die Problematik des großen Mangels an Lehrkräften und Erzieher\_innen daher umso dringlicher. Kootz erklärte das 70% der Klient\_innen in der Schuldnerberatung ohne Ausbildung seien. Erschreckend sei auch, dass 86% aller alleinerziehenden Mütter mit drei oder mehr Kindern SGBII Leistungen beziehen. Es sei daher davon auszugehen, dass es sich hierbei auch um ein gravierendes Betreuungsproblem handle. Auch Prof. Dr. Bäcker stimmte zu und erklärte, dass 10% der Jugendlichen keinen Schulabschluss haben und es auch im wirtschaftlichen Interesse der Bundesrepublik liege, diesen Menschen einen Weg in die Ausbildung zu bieten. Eine kluge Einwanderungspolitik mit sinnvollen Integrationskonzepten sei ebenfalls eine notwendige Maßnahmen um die Armut zu bekämpfen. Letztendlich sei die Wohnungs- und Integrationsfrage sowie ein niedrighwelliger und gerechter Zugang zu Bildung sehr entscheidende Handlungsfelder für Politik und Gesellschaft um das Thema Armut auf allen Ebenen anzugehen.